Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 90 (2019)

Heft: 10: Neue Legislatur : Erwartungen an die nächsten vier Jahre

Artikel: Die Langzeitpflege müsse neu gedacht werden - fordert das linke "Denknetz" : näher bei den Menschen und ihren individuellen Bedürfnissen

Autor: Tremp, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-886057

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Langzeitpflege müsse neu gedacht werden – fordert das linke «Denknetz»

Näher bei den Menschen und ihren individuellen Bedürfnissen

Das Thema dürfte in der nächsten Legislatur auf der Prioritätenliste nach oben rücken: Wie begegnen wir in der Schweiz der Tatsache, dass es immer mehr alte und damit auch unterstützungs- und pflegebedürftige Menschen gibt? Mit neuen Ansätzen, schlägt der Think Tank «Denknetz» vor.

Von Urs Tremp

Zwar machen die Klima- und die Europapolitik im Wahlkampf mehr Schlagzeilen. Wer allerdings die Berichterstattung über die Wahlveranstaltungen landauf, landab verfolgt, stellt fest, dass auch Gesundheitspolitik und Altersvorsorge viele Politikerinnen und Politiker beschäftigen und diese Themen in der nächsten Legislatur einiges Gewicht haben dürften.
Inzwischen liegt die Zahl der über 65-Jährigen in der Schweiz bei gut einem Drittel der Bevölkerung. Entsprechend ist die Zahl der Menschen gestiegen, die im Alter Hilfe und Unterstützung brauchen.

Unwürdiger Umgang mit Menschen

«Eine der Hauptaufgaben der Politik in den nächsten Jahren wird sein, die Versorgung der verletzlichen Bevölkerung sicherzustellen – und da geht es vor allem um die Langzeitpflege», sagt Beat Ringger. Ringger ist geschäftsleitender Sekretär des linken Think Tanks «Denknetz», und er beschäftigt sich mit Fragen der Sozialpolitik. Er denkt für eine künftige Langzeitbetreuung älterer und alter Menschen («Auch demenzkranker Menschen!») in ganz neuen Modellen. Denn wie das System der Langzeitbetreuung und -pflege heute funktioniere, sei nicht nur wirtschaftlich fragil. Wie mit den Menschen umgegangen werde, die Pflege und Betreuung bräuchten, sei oft menschenunwürdig: «Heute stehen nicht Menschen im Zentrum von Betreuung und Pflege, sondern Behandlungssequenzen. Davon müssen wir wegkommen.»

Schlüsselbegriff «Ganzheitlichkeit»

«Ganzheitlich» ist für Ringger ein Schlüsselbegriff. Der bedürftige Mensch müsse in seiner ganzen individuellen Situation wahrgenommen und verstanden, seine «persönliche Gesundheitsstellung» erfasst werden, sagt er. «Wir müssen Unterstützungsangebote schaffen, die sich an der persönlichen Situation einer Person orientieren.» Und da formuliert er auch seine Forderung an die Bundespolitik: Auch wenn die Gesundheits- und Sozialpolitik in erster Linie Aufgaben der Kantone und der Kommunen seien, der Bund müsse «klare Aufträge formulieren, die in den Kantonen und Gemeinden umgesetzt werden».
In welche Richtung diese gehen sollen, zeigen die Niederlanden auf. «Buurtzorg» heisst das Modell (abgeleitet aus «Buurt» – «Nachbarschaft» – und «Zorg» – «Sorge»), das als Vorbild dienen könnte. Es funktioniert einfach gesagt folgendermassen: Dezentrale Versorgungsstellen organisieren und administrieren die kleinräumlichen Pflege- und Betreuungsangebote. Diese Angebote sind individuell auf die einzelnen Angebotsbezügerinnen und -bezüger zugeschnitten. Eine «Persönliche Gesundheitsstelle», so Ringger, koordiniere die Pflegedienste, die Nachbarschaft und den Sozialraum, aber auch Krankenkassen und Ärzte. Zusammen mit den Betroffenen verwalte diese Stelle auch ein individuell angepasstes Budget. «Es ist ein Modell, das auf Vertrauen aufbaut», sagt Ringger. «Aber es funktioniert.»

«Buurtzorg» heisst das holländische Modell, das für die Schweiz als Vorbild dienen könnte.

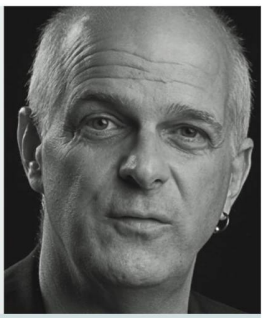
Auch in der Schweiz? «Es bräuchte ein umfassendes Umdenken», ergab im vergangenen Jahr eine Studie der Fachhochschu- >>

le Nordwestschweiz im Auftrag verschiedener Spitex-Organisationen. «‹Buurtzorg› kann in der Schweiz nur dann gelingen, wenn die lokalen Realitäten beachtet und vor diesem Hintergrund Veränderungsprozesse in Gang gebracht werden», bilanziert die Studie.

Den Bedürfnissen der Betroffenen anpassen

Dem widerspricht Ringger nicht. Aber er glaubt, dass es ein derart umfassendes Umdenken braucht, damit die Langzeitpflege und damit eines der dringendsten Anliegen der Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen angepasst wird. «Heute werden die Menschen, gerade wenn sie keine familiären und monetären Ressourcen haben, herumgeschoben – was sie tatsächlich brauchen würden, darauf wird oft keine Rücksicht genommen.» Und er kritisiert die bürgerliche Sparpolitik, die diese Zustände zementiere. Schliesslich ist er überzeugt, dass mit dem Modell «Buurtzorg» Leerläufe, Doppelspurigkeiten und damit unnötige Kosten vermieden werden können. Natürlich brauche es Personal für ein solches System der Altersbetreuung und -pflege: «Aber ich bin überzeugt: Wenn man personenbezogen das Beste macht und wirklich präzise schaut, was der Einzelne braucht, dann kostet dies am Ende nicht mehr.» Denn für alles, was man nicht gut mache, zahle man früher oder später einen Preis. «Fehlerhafte Spitaleinweisungen kann man verhindern, wenn man näher bei den Leuten ist, sie professionell begleitet, sie unterstützt in dem, was sie brauchen – gesundheitlich und sozial.»

«Heute werden die Menschen – wenn sie keine Ressourcen haben – einfach herumgeschoben.»



«Buurtzorg»-Versorgungsstelle in den Niederlanden, Beat Ringger vom «Denknetz»: «Ganzheitlich denken.»

Ob die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die in den kommenden vier Jahren die Bundespolitik gestalten werden, Hand bieten für solches Umdenken? Ringger

Anzeige

ist zuversichtlich, dass sich die Kräfteverhältnisse von Mitte-rechts nach Mitte-links verschieben werden. «Es ist ein bisschen wie in der Klimapolitik: Man kann die Erkenntnisse und Handlungsvorschläge der Wissenschaft und der Experten ignorieren – oder man kann sie ernst nehmen und danach handeln, auch wenn es ein Umdenken bedingt.»

Personalmangel, Finanzierungsfragen

Tatsächlich sprechen die Fakten und Szenarien eine eindeutige Sprache: Personalmangel in der Langzeitpflege, Diskussionen um die Finanzierung von Betreuung und Pflege (KVG-Leistungen, Ergänzungsleistungen etc.). Just hier will denn auch eine Volksinitiative ansetzen, die im kommenden Frühjahr lanciert werden soll: die «Volksinitiative für ein gutes Alter». Derzeit sind die Initianten noch daran, den Initiativtext zu präzisieren und in eine endgültige Form zu bringen. Die Stossrichtung freilich ist klar: «Bund und Kantone sorgen dafür, dass alle Personen in der Schweiz bis ans Lebensende einer ihrer individuellen Situation angemessenen Weise betreut, gepflegt und in der Alltagsbewältigung unterstützt werden. Diese Unterstützung muss in guter Qualität, koordiniert, ganzheitlich und mit einer präventiven Zielsetzung erbracht werden.» Beat Ringger ist Mitglied des Netzwerks «Gutes Alter». Dass heute viele alte Menschen kein gutes Alter haben, ist für ihn unbestritten. «Wenn man nichts macht, besteht die Gefahr, dass noch mehr Menschen nicht bekommen, was sie eigentlich brauchen. Schon heute ist es so, dass nur diejenigen, die auf private Ressourcen – Geld und Familie – zurückgreifen können, richtig versorgt werden. Aber andere landen in einem Heim und vereinsamen. Oder man hält sie im Spital, auch wenn es nicht nötig ist. Das ist mit viel Leid verbunden. Denn die Menschen bekommen das Gefühl, nicht mehr leben zu dürfen, sondern nur noch auf den Tod zu warten.»

Ein neues System wirkt auch gegen eine drohende Zwei-Klassen-Langzeitpflege.

Eine «persönliche Gesundheitsstelle» (nach dem «Buurtzorg»-Vorbild), welche die Bedürfnisse individuell erfasst und entsprechende Angebote zur Verfügung stellt, könnte solchen Fehleinweisungen und -behandlungen entgegenhalten. «Teurer ist das nicht», sagt Ringger noch einmal. Denn in einem solchen System würden nur noch Leistungen erbracht und bezahlt, die notwendig und gewünscht sind. Und vor allem: «Einer drohenden und zum Teil bereits realen Zwei-Klassen-Langzeitpflege könnte so Einhalt geboten werden.» ●

Altersbetreuung: Eine Volksinitiative verlangt, dass alte und bedürftige Menschen in «einer ihrer individuellen Situation angemessenen Weise betreut, gepflegt und in der Alltagsbewältigung unterstützt werden». Foto: Martin Schrampf/Keystone